

Fachgespräch zum Sorgerechtsentzug bei lesbischen Müttern

21. Januar 2020

Verfasst von: Heidi Bauer-Felbel

Auf Initiative des vom "Bündnis 90/Die Grünen" geführten rheinland-pfälzischen Familienministeriums wurde ein Forschungsprojekt beauftragt, welches sich um die geschichtliche Aufarbeitung zum Sorgerechtsentzug bei lesbischen Müttern kümmern soll. Aufbereitet werden sollte von der Nachkriegszeit bis in die 1990er Jahre. Die Projektleitung übernahm das "Institut für Zeitgeschichte", das mit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, dem Frauenzentrum Mainz e. V. und QueerNet Rheinland-Pfalz e. V. zusammenarbeitete. Die endgültige Studie wird am 2. September 2020 in Mainz veröffentlicht. Im Vorfeld liegen schon erste Ergebnisse vor. Anfang des Jahres veranstaltete die Bundestagsfraktion "Bündnis 90/Die Grünen" ein Fachgespräch unter dem Motto "Wenn die Mutter lesbisch lebt(e) - Fälle von Sorgerechtsentzug bei Müttern, die mit Frauen lebten". Dieses Fachgespräch sollte dazu dienen, dass dieses Thema erstmals öffentlich diskutiert werden sollte. Der Einladung folgten neben dem "Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V." (DBSH,) ca. 60 Interessierte sowie Vertretende von verschiedenen Organisationen, Verbänden und Vereinen oder Selbsthilfegruppen. Der DBSH wurde von der Sprecherin des Funktionsbereiches "Kinder- und Jugendhilfe", Heidi Bauer-Felbel, vertreten.

„Bis in die 1990er hinein wurde Frauen in der Bundesrepublik, wenn sie in Beziehungen mit Frauen lebten, in Einzelfällen das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen. Als Grund wurde dafür oft die Gefährdung des Kindeswohls angeführt. Aktuell gibt es dazu eine erste Studie aus dem grünen Familienministerium in Rheinland-Pfalz; eine bundesweite Aufarbeitung und genaue Zahlen, wie viele Frauen von einem Sorgerechtsentzug betroffen oder bedroht waren, sowie zur Lage der lesbischen und bisexuellen Mütter in der DDR fehlen allerdings.“

*Mit dem Fachgespräch wollen wir das Thema zum ersten Mal öffentlich diskutieren. Es ist wichtig, über das große Unrecht, das durch das entzogene Sorgerecht Müttern und ihren Kindern angetan wurde und über die Angst, die ein möglicher Sorgerechtsentzug bereitet hat, öffentlich zu sprechen. Wir wollen auch darüber diskutieren, inwieweit Behörden und Ämter auch heute noch Vorurteile gegenüber lesbischen und bisexuellen Müttern haben. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten und Vertreter*innen von Beratungsstellen und der LSBTIQ-Community erörtern wir, wie eine Aufarbeitung aussehen kann, was gebraucht wird, damit mögliche Diskriminierungen nicht fortgeschrieben werden und welche Maßnahmen zur Anerkennung, Rehabilitation und Entschädigung dieser Mütter getroffen werden müssen.“ (Quelle: Einladungsschreiben zum Fachgespräch - "Bündnis 90/Die Grünen").*

Ein ausführlicher Bericht der Staatssekretärin im rheinland-pfälzischen Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Christiane Rohlede, machte das Problem noch einmal deutlich. Zu allen Zeiten gab es Repressalien in Bezug auf das Sorgerecht lesbischer Mütter, insbesondere bei Ehescheidungen oder wenn sie Hilfen zur Erziehung benötigen.

Nachrichten

Die Teilnehmer_innen des Fachgespräches waren sich über die folgenden Punkte einig:

- dass die Benachteiligung von lesbischen Müttern bestehen bis heute und sind ein aktuelles Problem sind
- die Studie aus Rheinland-Pfalz muss genutzt werden, um altes Unrecht aufzuarbeiten und Schlussfolgerungen für Heute zu ziehen
- die nötigen Stellschrauben sind die Schaffung von Öffentlichkeit ebenso, wie die Anpassung des aktuellen Rechtes.

„Auch für den DBSH ist dies ein Thema, für das wir interessierte Frauen motivieren möchten. Über den Bereich des Sorgerechts hinaus müssen die Problemlagen lesbischer Sozialarbeitender einen Schutz -und Beteiligungsraum finden“, so Heidi Bauer-Felbel abschließend.

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt:

<https://magnus-hirschfeld.de/netzwerk/veranstaltungen/projekt-das-sorgerecht-lesbischer-mutter/>